



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 12

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Pommerns und Westpreußens

Nr. 12

Verantwortlich: Carl Georg Bruns
Schriftleitung: Bromberg, Belzienplatz 1^{III}
Fernruf Nr. 321

28. Mai 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Die „Freie Stadt Danzig“ im „Friedens“-vorschlag der Entente. Denkschrift der Vereinigten Volksräte der Kreise Birnbaum, Bomst, Meseritz, Neutomischel und Schwerin. Polnische Beweiskunst — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: 1. Deutsche Presse. 2. Polnische Presse — Kleine Nachrichten.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die „Freie Stadt Danzig“ im „Friedens“-vorschlag der Entente

Danzig soll nach dem Plan der Entente eine freie Stadt werden. Bilder aus alter deutscher Vergangenheit steigen auf, mittelalterliche Städteherrlichkeit, deutsche Hanse, kraftvolles deutsches Bürgertum. Vielleicht hat die Entente darauf spekuliert, aber sie hat, ganz abgesehen von der deutschen Gesinnung des Danziger, von dessen gesunder Einsicht doch eine allzu geringe Vorstellung gehabt. Das klarste Bild, welche Stellung Danzig nach dem Willen der Entente künftig haben soll, ergibt der Wortlaut der Friedensbedingungen, der nachfolgend wiedergegeben wird:

Abchnitt XI.

Freie Stadt Danzig.

Artikel 100.

Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf das Gebiet, das von den nachstehend angegebenen Grenzen umschlossen ist:

von der Ostsee in südlicher Richtung bis zu dem Punkte, an dem die Hauptschiffahrtswege derogat und der Weichsel zusammentreffen;

die ostpreußische Grenze, wie sie im Artikel 28 des II. Teiles (Grenzen Deutschlands) des gegenwärtigen Vertrages beschrieben ist;

von dort den Hauptschiffahrtsweg der Weichsel talwärts bis zu einem Punkt, der ungefähr 6½ Kilometer nördlich der Dirschauer Brücke liegt;

von dort in nordwestlicher Richtung bis zur Höhe 5, die 1½ Kilometer südöstlich der Kirche von Gütlland liegt:

eine im Gelände festzulegende Linie;

von dort in westlicher Richtung bis zu dem Vorsprung, der durch die Grenze des Kreises Verent 8½ Kilometer nordöstlich von Schöneck gebildet wird;

eine im Gelände festzulegende Linie, die zwischen Mühlbanz im Süden und Rambelisch im Norden verläuft;

von dort in westlicher Richtung die Grenze des Kreises Verent bis zu der Einbuchtung, die diese 6 Kilometer nordwestlich von Schöneck bildet;

von dort bis zu einem auf der Mittellinie des Lonkener Sees liegenden Punkte:

eine im Gelände festzulegende Linie, die nördlich von Neu-Fiez und Schatarpi und südlich von Varenhütte und Lonken verläuft;

von dort die Mittellinie des Lonkener Sees bis zu seinem Nordende;

von dort bis zum Südennde des Pollenziner Sees:

eine im Gelände festzulegende Linie;

von dort der Mittellinie des Pollenziner Sees bis zu seinem Nordende;

von dort in nordöstlicher Richtung bis zu dem ungefähr 1 Kilometer südlich der Kirche von Koliebfen liegenden Punkt, an dem die Eisenbahn Danzig—Neustadt einen Bach überschreitet:

eine im Gelände festzulegende Linie, die südöstlich von Kamehlen, Kriffau, Jidlin, Sulmin (Richthof), Maltern, Schäferei und nordöstlich von Neuendorf, Marschau, Czapielken, Hoch- und Klein-Kelpin, Pulvermühle, Kenneberg und den Städten Oliva und Zoppot verläuft;

von dort der Lauf des oben erwähnten Baches bis zur Ostsee.

Die vorstehend beschriebenen Grenzen sind auf einer deutschen Karte im Maßstab 1 zu 100 000, die dem gegenwärtigen Vertrag als Anlage 4 beigelegt ist, eingezeichnet.

Artikel 101.

Eine Kommission, bestehend aus drei von den alliierten und assoziierten Hauptmächten ernannten Mitgliedern, worunter sich ein Oberkommissar als Präsident befindet, ferner aus einem von Deutschland und einem von Polen ernannten Mitgliede, tritt binnen 14 Tagen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages zusammen, um unter möglicher Berücksichtigung der bestehenden Gemeindegrenzen die Grenzlinie für das vorstehend bezeichnete Gebiet an Ort und Stelle festzulegen.

Artikel 102.

Die Stadt Danzig wird nebst dem im Artikel 100 bezeichneten Gebiet zur Freien Stadt erklärt und unter den Schutz des Völkerbundes gestellt.

Artikel 103.

Die Verfassung der Freien Stadt Danzig wird im Einvernehmen mit einem Oberkommissar des Völkerbundes von ordnungsgemäß ernannten Vertretern der Freien Stadt ausgearbeitet. Sie wird unter die Garantie des Völkerbundes gestellt.

Dem Oberkommissar fällt ferner die Aufgabe zu, in erster Instanz über alle Streitigkeiten zu entscheiden, die sich zwischen Polen und der Freien Stadt mit Bezug auf den gegenwärtigen Vertrag oder auf ergänzende Vereinbarungen und Abereinkommen ergeben sollten.

Der Oberkommissar hat seinen Amtssitz in Danzig.

Artikel 104.

Ein Abkommen, dessen Bestimmungen von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgesetzt werden, soll zwischen der polnischen Regierung und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden, um:

1. die Freie Stadt Danzig in das polnische Zollgebiet aufzunehmen und die Errichtung einer Freizone im Hafen in die Wege zu leiten;

2. Polen die freie Benutzung und den Dienst der Wasserstraßen, Docks, Binnenhäfen, Kais und sonstigen im Gebiete der Freien Stadt belegener, für die Ein- und Ausfuhr Polens notwendiger Anlagen ohne irgendwelche Einschränkung zu gewährleisten;

3. Polen die Kontrolle und Verwaltung der Weichsel sowie des gesamten innerhalb der Grenzen der Freien Stadt befindlichen Eisenbahnnetzes, mit Aus-

nahme der Straßenbahnen und sonstiger hauptsächlich den Bedürfnissen der Freien Stadt dienenden Eisenbahnen, ferner die Überwachung und Verwaltung der Post-, Telegraphen- und Telephonverbindungen zwischen Polen und dem Hafen von Danzig zu sichern;

4. Polen das Recht zu sichern, die Wasserstraßen, Docks, Binnenhäfen, Kais, Eisenbahnen und anderen obenerwähnten Anlagen und Verkehrsmittel auszubauen und zu verbessern, sowie zu angemessenen Bedingungen Gelände und anderes dafür notwendiges Eigentum zu mieten oder zu kaufen;

5. dafür zu sorgen, daß in der Freien Stadt Danzig keinerlei unterschiedliche Behandlung der Bevölkerung zum Nachteil der polnischen Staatsangehörigen und anderer Personen polnischen Ursprungs oder polnischer Muttersprache stattfindet;

6. der polnischen Regierung die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig sowie den Schutz der Danziger Bürger im Auslande zu übertragen.

Artikel 105.

Mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages werden die im Gebiete der Freien Stadt Danzig wohnhaften deutschen Reichsangehörigen ohne weiteres deren Bürger und verlieren die deutsche Reichsangehörigkeit.

Artikel 106.

Während zweier Jahre nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages haben die in dem Artikel 100 bezeichneten Gebiete wohnhaften, über 18 Jahre alten deutschen Reichsangehörigen die Befugnis, für die deutsche Reichsangehörigkeit zu optieren.

Die Option des Ehemannes erstreckt sich auf die Ehefrau, die Option der Eltern auf ihre unter 18 Jahre alten Kinder.

Die Personen, die das hier vorgesehene Optionsrecht ausgeübt haben, müssen innerhalb der darauffolgenden zwölf Monate ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen.

Sie dürfen das unbewegliche Vermögen, das sie im Gebiete der Freien Stadt Danzig besitzen, behalten. Ihr bewegliches Vermögen jeglicher Art können sie mitnehmen. Aus diesem Anlaß dürfen sie mit keinerlei Abgaben, weder für die Ausfuhr noch für die Einfuhr, belastet werden.

Artikel 107.

Jeglicher Besitz des Deutschen Reiches oder eines deutschen Einzelstaates im Gebiete der Freien Stadt Danzig wird den alliierten und assoziierten Hauptmächten übertragen und von diesen, je nachdem sie es für recht und billig halten, an die Freie Stadt oder den polnischen Staat weiter zediert.

Artikel 108.

In welchem Umfang und in welcher Art die Freie Stadt an den finanziellen Lasten Deutschlands und Preußens teilzunehmen hat, wird nach Maßgabe des Artikel 254 des Teiles IX (finanzielle Bestimmungen) des gegenwärtigen Vertrages entschieden.

Alle anderen Fragen, die sich aus der im Artikel 100 vorgesehenen Gebietsabtretung etwa ergeben, werden durch weitere Vereinbarungen geregelt werden.

Zu den vorstehenden Bedingungen nur einige Bemerkungen. Die Verfassung der „Freien Stadt Danzig“ wird im Einvernehmen mit dem Oberkommissar des Völkerbundes von ordnungsgemäß ernannten Vertretern der „Freien Stadt“ ausgearbeitet. Im „Einvernehmen“, d. h. natürlich nach dem maßgeblichen Willen des Oberkommissars. „Ordnungsgemäß ernannte Vertreter“, d. h. nach der Ordnung, die von der Entente festgelegt wird. Die erste Voraussetzung einer wahren Selbständigkeit ist damit ausgeschlossen. Die Bevölkerung der „Freien

Stadt Danzig" wird nicht in der Lage sein, sich nach eigenem Willen ihre Verfassung zu zimmern. Artikel 104 spricht von einem Abkommen, das zwischen der polnischen Regierung und der „Freien Stadt Danzig“ nach Festsetzung der Entente abgeschlossen werden soll. Zum Wesen völkerrechtlicher Selbständigkeit gehört die Vertragsfreiheit. Hier wird der Vertrag diktiert von der Entente; in welchem Sinne er diktiert werden wird, kann nach dem Geist des ganzen Friedensvorschlages keinem Zweifel unterliegen. Was soll nun in diesem Vertrag mit Polen enthalten sein? Danzig gehört in das polnische Zollgebiet. Den Polen steht die freie Benutzung sämtlicher Verkehrsanlagen, die Kontrolle und Verwaltung dieser Verkehrsanlagen, sowie der Weichsel zu. Sie können die erwähnten Verkehrsanlagen ausbauen, Gelände kaufen, und schließlich steht der polnischen Regierung die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und der Schutz der Danziger Bürger im Auslande zu. Man fragt sich vergeblich, wo bleibt die „Freie Stadt“? Danzig hat als preußische Stadt eine umfangreichere Selbständigkeit in der Verwaltung seiner Angelegenheiten als sie es als „Freie Stadt“ haben soll. Auf alles, was Danziger Fleiß und Danziger Selbständigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt getan haben, sind die Polen in der Lage die Hand zu legen. Sie sind in der Lage, Grundbesitz zu enteignen, und die Bestimmungen über Kontrolle und Verwaltung, unter anderem auch der Post-, Telegraphen- und Telephonverbindungen, geben ihnen ein Druckmittel der Stadtverwaltung gegenüber in die Hand, gegen das ein Widerstand nicht möglich sein wird. Aber nicht einmal auf kulturellem Gebiete ist die Selbständigkeit hinreichend gewährleistet. Die Bestimmungen, die dafür sorgen sollen, daß keine unterschiedliche Behandlung der Bevölkerung zum Nachteil der polnischen Staatsangehörigen und aller Personen polnischer Muttersprache stattfinden, bieten die Möglichkeit zu einer Polonisierungspolitik, der gegenüber die „Freie Stadt“ wehrlos sein muß. Durch die Uebertragung des Schutzes der Danziger im Auslande werden die Abhängigkeiten von Polen noch wesentlich verstärkt.

Eine völlig nichtsagende Bestimmung ist auch die Erlaubnis für die Danziger, die für Deutschland optieren, ihr unbewegliches Vermögen zu behalten; denn es fehlen alle Bestimmungen über Freizügigkeit und über den Rechtsschutz von Ausländern in der Stadt Danzig. Danziger Bürger, die also für Deutschland optieren, aber glauben, ihr unbewegliches Vermögen weiter verwerten zu können, haben nicht die geringste Sicherheit davor, in jeder Weise schifaniert und an der Ausnutzung ihres Vermögens völlig verhindert zu werden.

So sieht die „Freie Stadt Danzig“ aus. Es gehört etwas viel Naivität dazu, anzunehmen, daß die Danziger Bevölkerung sich von diesem Trugbild locken lassen wird. Die „Freie Stadt Danzig“ ist ein Vasallenstaat Polens ohne jeden Rechtsschutz. In der Bevölkerung Danzigs lebt noch der stolze deutsche Geist, dem Danzig seine Blüte verdankt. An diesem deutschen Geist werden die wahnsinnigen Absichten der Entente und der Polen scheitern.

Denkschrift der vereinigten Volksräte der Kreise Birnbaum, Bomst, Meseritz, Neutomischel und Schwerin

Die unerhörten Friedensbedingungen von Versailles ziehen im Westen der Provinz Posen eine Grenze, die fast genau der ursprünglich geforderten falschen Demarkationslinie entspricht, die später ostwärts richtig gestellt werden mußte. Ausschlaggebend sind

dabei offenbar überwiegend militärisch-strategische Gesichtspunkte gewesen, obgleich solche Rücksichten bei Verwirklichung des Völkerbundes überflüssig wären.

Diese Festlegung der Gebietsgrenzen steht mit den Grundsätzen des Wilsonschen Programms in kräftestem Widerspruch.

Für unsere Gegner ist bei der Grenzforderung augenscheinlich nur das von den Polen beigebrachte Material bestimmend gewesen, das seinerzeit schon zu der falschen Festsetzung der Demarkationslinie führte.

Dagegen ist unser gewissenhaft zusammengestelltes Material über die nationalen Verhältnisse unserer Gegend, wie wir es in einzelnen Denkschriften der Städte Birnbaum, Bentschen und Tirschitzel veröffentlicht haben, nicht beachtet worden.

Deshalb ist es notwendig, auf dieses Material im folgenden kurz noch einmal hinzuweisen.

Wenn diese Zusammenstellung nur auf Westposen, d. h. auf die Kreise Meseritz, Schwerin, Birnbaum, Bomst und Neutomischel, eingeht, so bedeutet das nicht eine Änderung des prinzipiellen Standpunktes, daß nach den Wilsonschen Grundsätzen die ganze Provinz Posen — vielleicht mit Ausnahme einiger östlicher Grenzbezirke — deutsch bleiben müßte. In unseren Ausführungen beschränken wir uns nur deshalb, um den besonders auffälligen Widerspruch der Versailler Forderungen mit Wilsons Programm an den Verhältnissen unserer engeren Heimat nachzuweisen.

In den Erläuterungen seines Friedensprogramms vom 12. Februar 1918 sagt Wilson, daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Berücksichtigung finden sollen.

Nationale Ansprüche lassen sich nur durch Bevölkerungsziffern, im Besitzstand und in dem Grade der Kultur begründen.

Bei Beachtung dieser fundamentalen Grundlagen kann über den deutschen Charakter der in geschlossenem Zusammenhange liegenden deutschen Gebiete obiger Kreise und ihr unbedingtes Zugehörigkeitsrecht zum Deutschen Reich auch nicht der mindeste Zweifel bestehen.

I. Wir sind unzweifelhaft deutsch, das zeigen die Bevölkerungsziffern.

Im Jahre 1910 hatten die Kreise an Bewohnern:

	insgesamt: deutsch: polnisch:		
1. Schwerin	21 620	19 898	1 722
2. Meseritz	53 306	41 099	12 207
3. Birnbaum	28 887	14 374	14 513
4. Bomst	63 120	31 167	31 948
5. Neutomischel	34 292	15 811	18 481
	201 225	122 349	78 871

das sind deutsch: 67,63 Prozent; polnisch: 32,37 Prozent.

Für die richtige Würdigung dieser Zahlenverhältnisse sind folgende Tatsachen von Wichtigkeit:

1. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung unserer Kreise bildet eine geschlossene rein-deutsche Masse, in breitem festem Zusammenhang mit der deutschen gesamten Bevölkerung des Reiches überhaupt. Die Ostgrenze dieses geschlossenen deutschen Blocks zieht sich im östlichen Teile des Kreises Birnbaum westlich Pinne über Neustadt b. P. längs der Kleinbahn Neustadt b. P., Opalenika bis an die Tore von Grätz, von dort aus südlich bis an den Schnittpunkt der Grenzen der Kreise Frauastadt und Schmiegel. Die in diesem Gebiet liegenden polnischen Enklaven ändern an dem deutschen Charakter unserer Kreise nichts. Hat doch sogar der radikal polnische „Kurjer Poznanski“ Ende Oktober 1918 diese Linie als die westliche Grenze der polnischen Ansprüche bezeichnet.

2. Die Deutschen unserer Kreise sind überwiegend Bauern, d. h. bodenständig, die Polen zumeist Gutсарbeiter, d. h. meist fluktuierend.

Im weitesten östlich liegenden Kreise Neutomischel sind z. B. im Polizeidistrikt Neutomischel vom bäuerlichen Besitz 9316 Hektar Bauernland in deutscher Hand, dagegen nur 763 Hektar polnisch, also 92,5 Prozent deutsch. Im ganzen Kreise des Distriktes Neustadt, den wir jenseits der Linie gelassen haben, welche das geschlossene deutsche Gebiet begrenzt, sind 76,6 Prozent des Kleingrundbesitzes und 100 Prozent des Großgrundbesitzes in deutscher Hand. Daraus ergibt sich, daß die polnische Landbevölkerung, die hier etwa 30 Prozent beträgt, zum weitaus überwiegenden Teile aus Gutсарbeitern besteht. Daß die polnische Bevölkerung in den Städten aber überhaupt keine Rolle spielt, wird zum Beispiel bewiesen durch die Tatsache, daß die neuen Stadtverordnetenwahlen in dem von Polen besetzten Neutomischel unter dem jetzigen Wahlrecht acht deutsche und nur einen polnischen Stadtverordneten gebracht haben.

II. Wir sind unzweifelhaft deutsch, das beweisen die Besitzverhältnisse.

Der Grundbesitz der Kreise verteilt sich wie folgt:

		davon	
insgesamt:	deutsch:	polnisch:	
1. Birnbaum	64378 ha	52057 ha	12321 ha
2. Meseritz	106347 ha	91392 ha	14955 ha
3. Neutomischel			
(weatl. d. L.)	33297 ha	28496 ha	4801 ha
4. Schwerin	56632 ha	55747 ha	885 ha
	260654 ha	227692 ha	32962 ha

Das sind: 87,35 Proz. 12,65 Proz.

Für den Kreis Boms, in dem die Verhältnisse ähnlich wie in Neutomischel liegen, kann kein Material beigebracht werden, weil die Kreisstadt von den Polen besetzt ist.

Besonders bemerkenswert ist, daß auch in den umfrittenen Städten Birnbaum, Bentschen, Neutomischel und Tirschtiegel der Grundbesitz fast ganz deutsch ist. Der deutsche Anteil beträgt in Tirschtiegel und Neutomischel etwa 99 Prozent, in Bentschen 82 Prozent, in Birnbaum 99,08 Prozent.

Der geringe polnische Besitz ist erst in den letzten 20 Jahren entstanden, und zwar im wesentlichen durch die polnischen Volksbanken und die finanziellen Unterstützungen anderer Institute, z. B. des Marcinkowski-Bereins.

Noch erheblich größer als der Anteil am Grundbesitz sind hier die von den Deutschen aufgebrauchten Staats- und Kommunalsteuern.

1. Beispiel: Vom Kreise Neutomischel.

a) Einkommensteuer:

Deutsche	rund 100000 M.	= 91 Proz.
Polen	" 9000 M.	= 9 "

b) Ergänzungssteuer:

Deutsche	rund 18000 M.	= 90 Proz.
Polen	" 1800 M.	= 10 "

2. Beispiel: Vom Kreise Birnbaum.

a) Einkommensteuer:

Deutsche	rund 175403 M.	= 85 Proz.
Polen	" 31348 M.	= 15 "

b) Ergänzungssteuer:

Deutsche	rund 27120 M.	= 78 Proz.
Polen	" 10224 M.	= 27 "

(Näheres siehe die ausführlichen Denkschriften von Birnbaum, Bentschen und Meseritz.)

III. Wir sind unzweifelhaft deutsch, das beweisen die kulturellen Verhältnisse.

Die Vertreter der freien Berufe der Intelligenz sind in unseren fünf Kreisen fast

ausschließlich deutsch. In Birnbaum z. B. sind von vier Ärzten drei deutsch, die beiden Rechtsanwälte, die beiden Thierärzte sind deutsch; in Bentschen sind die Verhältnisse genau ebenso.

Die höheren Schulen werden fast nur von deutschen Schülern besucht; polnische Schulkinder sind eine seltene Ausnahme. (1918 in Birnbaum z. B. 3 Prozent, in Bentschen 5 Prozent.) Auch für den Volksschulunterricht ist so gut geforgt, daß z. B. nur der Bruchteil eines Prozents Analphabeten gezählt worden ist.

Fast sämtliche Wohlfahrts-Einrichtungen (Krankenhäuser, Siechenanstalten, Kinderkrippen, Spielschulen) sind Gründungen der Deutschen und werden von deutschem Gelde unterhalten. Ihre Segnungen kommen den Angehörigen beider Nationalitäten in gleicher Weise zugute.

Die ganze deutsche Bevölkerung der fünf Kreise erklärt einmütig und mit unbeugbarer Entschlossenheit:

Das Land, das unsere Väter besiedelt haben, wird deutsch bleiben in seinem Volkstum, in seiner Kultur! Und an dieser unbestreitbaren Tatsache kann und wird auch keine diktierte Abtrennung und kein Papier etwas ändern, selbst wenn es aus Versailles kommt!

Aber wir wehren uns mit Verzweiflung und Entschiedenheit dagegen „Auslandsdeutsche“ zu werden — wir wollen nicht von unserer deutschen Vaterlande, als dessen lebensnotwendiges Glied wir uns fühlen, abgetrennt und einem uns wesensfremden Staats- und Volkstum unterstellt werden.

Wir wollen auch weiterhin nicht bloß zum deutschen Volk, sondern auch zum Deutschen Reich gehören! An diesem Entschluß werden wir festhalten, auch wenn wir die größten Opfer bringen und zur Selbsthilfe greifen müßten!

Birnbaum, im Mai 1919.

Die vereinigten deutschen Volksräte
der Kreise Birnbaum, Boms, Meseritz,
Neutomischel und Schwerin.

Im Auftrage
Gürnth. Hoppe. Paech. Boß.

Polnische Beweis Kunst

Wir berichteten kürzlich über die Entsendung einer kassubisch-polnischen Abordnung nach Paris. Wie diese veranlaßt worden ist, geht aus der folgenden Abschrift eines Briefes des polnischen Volksrats in Kulm hervor:

Sehr geehrter Herr Kommissar!

Ich erlaube mir zu meinen Ausführungen auf der Konferenz im Kommissariat am 10. d. Mts. betreffend Entsendung eines oder mehrerer Informatoren nach Paris speziell für Westpreußen und Danzig zurückzukommen. Die Auslandsnachrichten der letzten Stunden bestärken mich in meinen auf der Konferenz geäußerten Ansichten.

Wenn die letzten Rundgebungen, die die Presse Lloyd George zuschreibt, der Wahrheit entsprechen, so erhellt daraus mehr als genug, daß Lloyd George und seine Umgebung vollständig unzulänglich informiert ist über die Verhältnisse in Westpreußen, oder die Warschauer und Posener haben in der westpreußischen Angelegenheit versagt.

Hat der sehr geehrte Herr Kommissar die Sicherheit, daß die augenblicklichen Informatoren auch die örtliche Verteilung der polnischen Bevölkerung genau kennen und daß sie ein entsprechendes Material in der Hand haben? Was für uns eine elementare Kenntnis ist — wie z. B. daß die deutsche Mehrheit von ungefähr 800 000 in Westpreußen, abgesehen davon, daß sie zum großen Teil künstlich geschaffen ist, territorial so verteilt ist, daß nach Abtrennung der Gegend von Elbing, Rosenberg das Bevölkerungsergebnis für beide Nationalitäten gleichmäßig ausfällt, das eben kann möglicherweise den jetzigen Informatoren eine Terre incognita sein.

Danzig wiederum als eine Stadt, die auf einem verhältnismäßig kleinen Gebiet 200 000 deutsche Einwohner vereinigt, kann nicht als ein maßgebender Faktor gelten für eine Sonderbehandlung innerhalb Westpreußens; ebenso wie Konstantinopel nicht Griechenland zufällt, obwohl dort 400 000 Griechen wohnen, sondern politisch dem Territorium zufällt, auf dem es steht.

Wenn man die genannten Kreise und Danzig abstreicht, dann haben wir in West-

preußen sogar eine erhebliche polnische Mehrheit. Die deutsche Bevölkerung ist also auf einige Punkte Westpreußens und auf Danzig beschränkt.

Zugegeben, daß in Westpreußen eine polnische Minderheit besteht, ist also falsch, geradezu geeignet, die Koalition in eine irriige Auffassung zu bringen. Die deutsche Mehrheit kommt eben nur durch die genannten einzelnen Punkte zustande, die fast rein deutsch sind.

Wenn die Rundgebung Lloyd Georges auf Wahrheit beruht, dann wäre diese Anschauung offenbar irrig. Wäre es in Anbetracht solcher Vorfälle nicht angebracht, eher zu viel als zu wenig zu tun?

Es ist gleichgültig, wer und wieviel Personen hinschauen — wenn nur alles getan wird, was in unserer Möglichkeit steht.

Heute gerade lese ich in der „Gazette de Lausanne“ vom 21. März: „Heute ist eine schlesische Deputation in Paris eingetroffen, um der Konferenz die Aspirationen des schlesischen Teils vorzutragen, der mit Polen wieder vereinigt zu werden wünscht“.

Sollte Westpreußen nicht das gleiche Recht haben, ebenso vorzugehen wie Oberschlesien?

Videant consules!

Vielleicht wird es heute noch nicht zu spät sein, am 10. März war schon die höchste Zeit.

gez.: Dr. Ossowski.

(Auch nach Abtrennung der Kreise Rosenberg und Elbing, die rund 147 000 deutsche Einwohner haben, ist die Mehrheit der Einwohner Westpreußens, entgegen den Behauptungen des Dr. Ossowski, unzweifelhaft deutsch. Die Behauptung, daß die deutsche Mehrheit künstlich geschaffen sei, ist an dieser Stelle schon zu oft als falsch erwiesen, als daß sich ein Eingehen darauf lohnte. Im übrigen ist die Methode einmal wieder echt. Um einen kümmerlichen Beweis für den angeblich polnischen Charakter Westpreußens zu führen, wird Danzig aus der Berechnung ausgeschaltet, was aber natürlich nicht hindert, dieses selbe Danzig unter anderm Vorwand für Polen zu beanspruchen.)

Aus den Deutschen Volksräten

Der Entschluß der Deutschen Volksräte.

Bromberg, 16. Mai. Auf Einladung der Deutschen Vereinigung hatten sich gestern in Bromberg 300 Vertreter der Deutschen Volksräte, die nach Ausweis ihrer Vollmachten mehr als 600 Ortschaften der Provinzen Posen und Westpreußen vertraten, versammelt, um über das schwere Geschick zu beraten, das der Verfallener Gewaltfrieden den beiden Provinzen bereiten will.

Geheimrat Kleinow legte in längerer, von stürmischen Beifallskundgebungen unterbrochener Ansprache die Ziele der Volksratsbewegung und die Auswirkungen der augenblicklichen politischen Lage auf die Ostmark dar. Er führte unter anderem aus:

Die Volksratsbewegung erstrebe die Zusammenschließung aller Deutschen der bedrohten Ostmark auf breiter demokratischer Grundlage unter Ausschluß jeder Parteipolitik und Parteinteressen zur Sicherung der Kulturgüter und der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkstums. Die jetzige Stunde erfordere mehr denn je die Einigkeit und Einheit des vom polnischen Vernichtungswillen bedrohten Deutschtums. Der Verfallener Gewaltfriede bedeutet das langsame Hinfließen des deutschen Volkes und das Todesurteil für die deutsche Ostmark. Alle Kräfte müßten angespannt werden, um die Widerstandskraft des Volkes gegen die drohende Schmach nicht erlahmen zu lassen. Nur wenn das deutsche Volk sich auch in dieser gefährlichsten Stunde als stark erweise, könnte es sich Freunde erwerben, die ihm bei der Wiederaufrichtung behilflich wären. Einem Leichnam aber — und der Gewaltfriede bedeute für das deutsche Volk den Tod — könnte niemand mehr helfen, aber sehr wohl einem Schwerkranken, der das Gift verschmäht und mit aller Willenskraft nach einem Heilmittel langt. Dieses Heilmittel sei der Widerstand gegen jeden Frieden, der das deutsche Volk für immer entkräften wolle.

Kleinow rechnete scharf mit dem hiesigen angeblich mehrheitssozialdemokratischen Führer

Stoepfel ab, der sich durch sein schwankendes und unaufrichtiges Verhalten nicht als wahrer Führer des Volkes erweise. Hinter seiner Politik stände auch nur ein kleiner Bruchteil der Arbeiterschaft; ihre überwiegende Mehrheit sei jedoch deutsch gesinnt und wisse wohl, daß sie nichts von dem internationalen Proletariat, nichts von polnischer Brüderlichkeit sondern alles von einem starken sozialistischen Deutschland zu erwarten habe. Es wäre Zeit, daß sich auch die Bürgerschaft von dem Banne dieses Mannes befreie, dem nur ihre Furcht zu seiner jetzigen Stelle verholfen habe. Furcht habe große Augen und mache aus kleinen Geistern große Helden. Die Worte, die Stoepfel am 13. Mai im Vollzugsausschuß des A. und S. Rates gesprochen habe, seien geeignet, die Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung Brombergs zu lähmen. Stoepfel habe im eigenen Interesse gesprochen, nicht zum Vorteil der großen deutschen Sache. Kleinow forderte die Anwesenden auf, nicht die Kleinlichen materiellen Interessen im Auge zu haben, sondern das große Ganze. Komme die Stunde, wo die Regierung die Verhandlungen abbrechen müsse, dann habe jeder sich hinter die Regierung zu stellen, seine Pflicht zu tun, und wenn nötig, mit der Waffe in der Hand. Kleinow warnte dabei ausdrücklich, Provokationen zu begehen oder feindliche Handlungen gegen polnische Mitbürger zu unternehmen.

Im zweiten Teil der Tagung wurden Organisationsfragen der Volksräte behandelt, zum Friedensschluß und zu den sich aus ihm ergebenden Möglichkeiten Stellung genommen und wichtige Beschlüsse gefaßt. Die Aussprache währte bis in die späten Abendstunden. In der Auffassung über die Lage und über die Abwendung aller Gefahren bekräftigten die Vertreter von Stadt und Land Einmütigkeit und unbeugsame Entschlossenheit. In von hohem Ernst getragenen Ausführungen bekannten sich die sozialdemokratischen Redner zu dem Standpunkt des Referenten und forderten leidenschaftlich

das Zusammenstehen des ganzen Volkes und die Unterstützung der Regierung.

Vom Ernst der Stunde wurden alle Teilnehmer erfasst, als Geheimrat Kleinow vor der Abstimmung über die vorliegende EntschlieÙung feierlich jeden ermahnte, sich nicht von der Stimmung im Saale, sondern nur von der Verantwortung für das eigene Schicksal und die Zukunft seiner Kinder leiten zu lassen. Darauf wurde in geheimer Abstimmung nachstehende EntschlieÙung einstimmig angenommen:

„Wir dreihundert Vertreter der Vereinigten Deutschen Volksräte aus mehr als 600 Ortschaften der Provinzen Posen und Westpreußen sind heute in Bromberg zusammengetreten, um über das schwere Schicksal zu beraten, das der Versailler Gewaltfrieden den beiden deutschen Provinzen bereiten will.

Im Namen von über zwei Millionen Deutschen erheben wir vor aller Welt feierlichen Einspruch gegen die geplante Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts, gegen die Absicht, zwei Millionen Angehörige des deutschen Kulturvolkes der Rache und dem HaÙ der fanatischen polnischen Nation zu überlassen. Das deutsche Volk muß im Friedensvertrage allen anderen Nationen gleichgestellt sein. Wir erwarten und verlangen daher, daß die Regierung einen Frieden ablehnt, der ein Verbrechen an der Zukunft des deutschen Volkes, an dem Volkstum der deutschen Ostmark ist. Die deutsche Ostmark vertraut dem deutschen Volke, daß es sie in dieser schweren Stunde nicht verlassen, nicht verraten wird. Wir sind entschlossen, unser Selbstbestimmungsrecht, um das Wilson uns betrügen will, praktisch mit der Waffe in der Hand auszuüben und uns gegen polnische Vergewaltigung unserer Ostmark zu wehren. Wir erwarten, daß die Regierung an der Reichsgewalt in der Ostmark nicht rütteln lassen, sie aufrechterhalten und dort wiederherstellen wird, wo sie erschüttert ist.

Deutsche Volksräte.

Mit dem Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ fand die für das fernere Geschick der Ostmark so bedeutungsvolle Versammlung ihren Abschluß.

Unter dem Thema: Vernichtungsfriede, der Friede und wir, hatte die Deutsche Vereinigung Kreuz und Umgegend für Sonntag, den 11. Mai, die Bewohner von Kreuz und Umgegend zusammengerufen. Der gewählte Saal erwies sich gar bald als viel zu klein. So zog die Versammlung zu dem nahen Mühlenplan, um im Freien ihren Einspruch gegen die Friedensbedingungen und ihrer Treue zu Deutschland Ausdruck zu geben und sich zu stärken für die kommenden Kämpfe. Der Redner, Pastor Schulz-Kreuz, führte zunächst aus, wie wir die Vorlagen eines Friedens verlangen könnten auf Grund der 14 Wilsonpunkte, die sich auf die Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit aufbauten. Der vorgelegte Friedensvertrag aber sei ein nacktester Vernichtungsfriede ohne jede Spur von Recht und Gerechtigkeit, diktiert von französischer Rachsucht, englischem kalt berechnenden Krämergeist und von Furcht vor dem deutschen Geist. An den territorialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, wurde dann gezeigt, wie sie für uns die Vernichtung bedeuten. Was aber, so ist das die Frage, sollen wir tun? Annehmbar sind die Friedensbedingungen nicht, denn sie sind unerträglich und unerfüllbar. So können wir nicht unterschreiben. Aber einig sein müssen wir, und völlig uns als Deutsche fühlen. Geschlossen müssen wir hinter der Regierung stehen in ihrem Streben, einen Rechtsfrieden zu erreichen. Treu auch müssen wir zu unsern deutschen Brüdern stehen, die gewaltsam von uns getrennt werden sollen. Und glauben müssen wir an den schließlichen Sieg des Rechts und an Deutschlands Zukunft. Das ist das einzige, was wir der Siegerfaust der Feinde entgegenstellen können. Das ist aber auch ein Mittel von unendlicher Kraft. Mit unserm Glauben aber müssen wir an die Arbeit gehen statt dumpf zu verzweifeln, aber stumpf uns zu ergeben, statt zu klagen oder anzuklagen, damit durch zähe Geduld, deutsche Treue und deutschen Fleiß Deutschland sittlich, wirtschaftlich und staatlich wieder neu erstehet.

An die Reichsregierung wurde folgende Entschliebung gesandt: „Tausende Bürger von Kreuz und Umgegend haben heute sich versammelt, flammenden Einspruch zu erheben gegen die Friedensbedingungen unserer Feinde, aus denen nichts als nacktester Vernichtungswille spricht. Einmütig stellen wir uns hinter der Regierung bei ihrem Streben durch Verhandlungen Bedingungen zu erreichen, die einen Frieden des Rechts bringen. Die jetzigen Bedingungen sind unannehmbar. Sie bedeuten unsern Tod. Darum hoffen und erwarten wir, daß die Regierung sie nicht unterschreibt.“

Uns Ostmärker drückt besondere Not. Wir müssen polnische Gewalttätigkeiten fürchten. Wir brauchen sie nicht zu fürchten, wenn der Armee Haller jeder weitere Durchmarsch verwehrt wird. Dazu fordern wir die Regierung auf, sonst drohen ernsteste Verwicklungen. Wir sind entschlossen, unsere Heimat nimmermehr aufzugeben, unser Volkstum uns nicht nehmen zu lassen.

Deutsch wollen wir bleiben, und wir glauben an Deutschlands Zukunft.

Deutsche Vereinigung Kreuz und Umgegend.

Mit dem Gesang des Liedes „Ich hab mich ergeben“ schloß die erhebende Feier.

Bromberg, 17. Mai. Die **Deutsche Vereinigung** erhielt aus Berlin nachstehendes Telegramm:

Wie aus anderen bedrohten Städten kommen auch aus Bromberg Nachrichten über die niederdrückende Wirkung der feindlichen Friedensbedingungen. Aber wir haben keine Zeit, den Mut sinken zu lassen, sondern wir müssen mit aller Kraft einig dahin wirken, daß die im schroffsten Gegensatz zu den 14 Punkten des Präsidenten Wilson stehenden Bedingungen geändert werden.

Im Namen der Regierung sende ich der treuen deutschen Bevölkerung Brombergs und des ganzen Regierungsbezirks Grüße und das Gelöbniß, das wir fest für die unveräußerlichen Rechte aus den Wilsonschen Grundsätzen eintreten werden.

Scheidemann, Ministerpräsident.

Pressestimmen

I. Deutsche Presse

„Kreuzzeitung“ vom 17. Mai Nr. 229.

Von Otto Hoegsch.

Nicht eine Spur von dem neuen Geist, von dem in den Kundgebungen Wilsons so viel die Rede war, findet sich in diesen Bedingungen. Sie sind rein machtpolitisch-imperialistisch bestimmt: mehr Raum, mehr Menschen, mehr Naturschätze, mehr Geld wollen die anderen, die Gegner, als Siegesbeute davontragen. In den Grenzbestimmungen waltet ausschließlich der Gesichtspunkt strategischer Sicherung, der Gegner wird aller Abwehrmittel beraubt, und ihm wird eine Kriegsentwürdigung auferlegt in einer Ausdehnung dieses Begriffs, wie sie die Geschichte der Kriegskontributionen noch nicht gesehen hat. Im Osten aber Polen! Soweit die Grenzziehung, die da vorgeschrieben wird, überhaupt einen Sinn er-

kennen läßt, ist sie nach rein strategischen Gesichtspunkten gesehen. Sie schneidet rücksichtslos deutsches Gebiet, manchmal direkt deutschen Besitz, mitten durch — was sagte Wilson: es dürften hier nicht Verhältnisse geschaffen werden, die von vornherein nationale Reibungen mit sich brächten! Längs der Bartsch durch den Obbruch und längs der Tirschtiegler Seenlinie ist die Grenze nur unter dem Gesichtspunkte strategischer Sicherung gezogen, auch die Eisenbahnknotenpunkte von Bentzen und Schneidemühl werden Polen zugewiesen. Deutschland soll im Osten im ganzen 60 000 Quadratkilometer und 5 1/2 Millionen Menschen direkt abtreten, davon 2 1/2 Millionen Deutsche, 3 Millionen Polen. Wir rechnen dabei Danzig, das Freistaat sein soll, mit 300 000 Deutschen und 22 000 Polen ein. Denn es genügt, Artikel 104, Absatz 6 zu lesen: Sicherung der Führung der auswärtigen

Geschäfte der Freistadt Danzig durch die polnische Regierung, um zu sehen, daß Danzig nur der Form nach Freistadt, tatsächlich eine von der polnischen Politik und Wirtschaft abhängige Stadt sein soll, deren Gebiet zudem, wie die durch die Kreise Bütow und Lauenburg gezogene Grenze beweist, vom polnischen Staat selbst ganz fest militärisch und strategisch umklammert werden soll. Aber auch hier ist die Möglichkeit geschaffen, durch eine Volksabstimmung verhöllt noch mehr Gebiet zu annektieren: den Rest der Kreise Stuhm, Rosenberg, Marienburg, Marienwerder und den Regierungsbezirk Allenstein. Auch hier sind die Formen der Volksabstimmung — Zurückziehung der deutschen Truppen und Behörden usw. — so, daß die Entscheidung von vornherein feststehen muß. Gewiß, die Deutschen sollen in ihren nationalen Rechten geschützt werden, aber die Art, wie das geschieht, bestimmen unsere Gegner in einem Vertrag mit Polen, Deutschland hat dabei weder etwas zu wünschen noch zu sagen, noch zu kontrollieren; von einer Kontrolle des Schutzes der Minderheiten ist überhaupt nirgends die Rede. Rechnen wir diese Abstimmungsgebiete noch hinzu, so soll Deutschland im Osten verlieren 75 000 Quadratkilometer, 6¼ Millionen Menschen. Ein Viertel unserer Kohlenproduktion verlieren wir mit Oberschlesien und in Posen und Westpreußen Kornkammern, die mit ihrem Überschuß an Lebensmitteln, hauptsächlich Getreide, Kartoffeln und Zucker außer der eigenen Bevölkerung nach dem Friedensverbrauch 6 Millionen, im Kriege 7 bis 8 Millionen Menschen ernährten. Und die Weichsel samt ihrer Mündung wäre vollständig dem Herrschaftsbereich Deutschlands entzogen.

„Frankfurter Zeitung“ v. 14. Mai Nr. 361.

Unsere Einkreisung im Osten. Wenn die Friedensbedingungen, die uns die Entente und ihre Verbündeten auferlegen wollen, im Westen den Zweck haben, Deutschland so zurückzudrängen und von wichtigen Rohstoffgebieten abzuschließen, daß Frankreich glauben kann, sein Übergewicht auf eine ferne Zukunft gesichert zu haben und sich vor einer wieder anwachsenden Zahl des deutschen

Volkes nicht mehr fürchten zu müssen, so bilden die Bestimmungen, die wir für den Osten annehmen sollen, und die auf eine völlige Einkreisung und Verstümmelung abzielen, die sinngemäße Vervollständigung. Vor dem Kriege war das zarische Rußland an unserer Ostgrenze die furchtbare Gefahr, die beständig über uns hereinzubrechen drohte. Durch den Verlauf des Krieges und die unter seiner Wirkung entstandene russische Revolution ist diese Gefahr beseitigt. Deutsche Waffen haben das vom Zarismus niedergedrückte Polen befreit und einen polnischen Staat aufgerichtet. Jetzt hat sich dieser neue Staat gegen uns gewandt und Frankreich und seinen Alliierten ist es gelungen, ihn, dessen Gedeihen nur durch ein gutes Einvernehmen mit seinen Nachbarn verbürgt werden kann, zu unserem grimmigen und von wilder Machtgier verblendeten Feinde zu machen. Wie ein Keil wird sich das neue Polen zwischen deutsches Land hindurch bis zur Ostsee vorschieben. Da der sogenannte Freistaat Danzig, der unter der Bürgerschaft des Völkerbundes stehen wird, doch nur ein Anhängsel Polens sein soll — seine Beziehungen zum Auslande und die Vertretung seiner Bürger sollen von der Warschauer Regierung mit besorgt werden — und Polen in Danzig überhaupt viel freier und weniger behindert wird schalten können, als in den dreihundert Jahren der früheren Zugehörigkeit Danzigs zu Polen die alte polnische Republik es durfte, so wird Polen über eine Küstenstrecke von rund 150 Kilometern verfügen. Das ist für einen freien Ausgang seines Handels zum Meere genug, aber für einen solchen brauchte Polen nicht den Besitz einer ganz deutschen Stadt mit deutscher Vergangenheit. Ein verbürgter Weg auf der Weichsel, dem auch eine freie und gesicherte Eisenbahnverbindung zur Seite stehen könnte, würde diesem Zweck vollkommen genügen. Aber Polens Ehrgeiz wird, das ist bestimmt zu vermuten, weitergehen. Es wird unter der Gönnerschaft und mit Hilfe der Entente sich eine wenn auch zunächst kleine Flotte zu schaffen suchen, welche die Flagge mit dem weißen Adler fernen Küsten wird zeigen sollen und deren Bestimmung es sein wird, in der Ostsee ebenso sich in Deutschlands

Weichen zu setzen, wie es das auf einer tausend oder mehr Kilometer langen Landsgrenze tun wird. Für diesen Zweck aber wird das Stück Danziger Bucht, das dem neuen Polen als Geburtstagsgeschenk überreicht wird, nicht genügen. Der polnische Ausdehnungsdrang wird weiterstreben und danach trachten, auch die Küste Ostpreußens, das ohnehin vom Körper Deutschlands rettungslos abgetrennt und von Polen weit umklammert wird, sich anzueignen. Die Rolle, die dem jungen Polen von der Entente zugebracht ist, und die seine jetzigen Machthaber, verblendet durch den gaullerischen Trug eines neupolnischen Imperialismus, übernommen haben, ist die eines Hezhundes, der dem von Westen her gestellten und festgehaltenen Deutschland beständig im Nacken sitzt und dem der neue Tschechenstaat zu demselben Zwecke helfend zur Seite treten soll.

2. Polnische Presse

Die in Pelpin (Westpreußen) erscheinende polnische Zeitung „*Pielgrzym*“ — Nr. 54 vom 5. Mai — bringt nachstehenden offenen Brief an den Oberpräsidenten von Westpreußen Herrn von Jagow. Dieser nicht nur als polnisches Kulturdokument aufzufassende Brief lautet:

„Herr Jagow, stelle Dir vor, daß, sobald in Paris unsere Zugehörigkeit zu Polen bekanntgegeben wird, unsere Behörden an Dir eine kleine Wiedervergeltungsprobe versuchen werden, daß sie vor Deinem Hause einen Haufen wilder Soldaten mit Karabinern, Minenwerfern und Maschinengewehren aufstellen werden. Stelle Dir nun vor, Herr Jagow, daß solche Soldatenhorden bei Dir eine Hausrevision veranstalten, nicht eine, sondern mehrere, alle paar Tage, daß sie

Dir dabei drohen werden, den Revolver an Kopf und Brust anlegen werden, Dir ins Gesicht speien werden, Dich schlagen, mit Fäusten bearbeiten, mit einem Wort, sich an Dir weiden werden, ohne der vollständigen Plünderung des Hauses usw. zu erwähnen. Schließlich werden sie Dich mitnehmen und Dich in irgendein Kitzchen oder in ein verlaustes Gefangenlager stecken, wo sie Dir Wasser mit Bruden, oder Kartoffeln mit Wasser und den ganzen Tag lang eine Schnitte trockenen Brotes verabreichen werden. Dort werden sie Dich ohne Untersuchung ganze Wochen lang halten, und Du wirst nur Schimpfworte hören. Von Zeit zu Zeit werden sie, um Deine Nerven daran zu gewöhnen, Dir an den Ohren herumschießen. Vielleicht werden sie Dich auch ein bißchen anschießen, und auf Deine Klagen werden Dir die Behörden antworten: Sei zufrieden, daß Du noch lebst. Natürlich wirst Du toll werden über eine solche Behandlung, dann werden sie Dir eine Jacke mit langen Ärmeln anziehen und werden Dich nach Wejherowo bringen. Öffentlich werden sie sagen: Dieser Herr ist verrückt geworden. . . . Wenn Du das lesen möchtest und verstehen, dann würdest Du es Dir gewiß überlegen und andere Anschauungen gewinnen. Und wisse, Herr Jagow, daß dies erst ein Teil dieser „kleineren Übel“ ist, mit welchen Du uns in Deiner ‚*Weitherzigkeit*‘ beschenkst. . . .“

Die polnische Zeitung enthüllt damit zweierlei: Die sonst ständig abgelehnte menschenunwürdige Behandlung deutscher Internierter in den berichtigten polnischen Sammellagern und die feste Absicht, die deutschen Beamten in den etwa abgetretenen Gebietsteilen entgegen allen öffentlichen Beteuerungen bis auf das Blut zu peinigen.

Kleine Nachrichten

Kundgebung an den deutschen Osten.

Berlin, 8. Mai. Die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:

Die Reichsregierung hat nach der Bekanntgabe der Friedensbedingungen zum

deutschen Volke gesprochen. Der Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens noch ein besonderes Wort!

Die Abtrennung Oberschlesiens vom Reich, die Angliederung von drei überwiegend deutschen Gebieten in Mittel- und

Niederschlesien, in Posen, Westpreußen und Pommern, die Loslösung der alten Hansestadt Danzig, dieser Pflanzstätte deutscher Kultur, vom Reiche, sind Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung dieser Gebiete, die durch deutsche Arbeit und deutsche Kultur das erwarben, was heute ihre Vorzüge bildet. Diese Eingriffe sind gänzlich unvereinbar mit den vom Präsidenten Wilson vereinbarten Grundsätzen. Die für südöstliche Teile der Provinz Ostpreußen geforderte Abstimmung der Bevölkerung kann diesen Gewaltcharakter, der mit den Rechten und der gegebenen Zusage unvereinbar ist, nicht verhüllen.

Die geforderte Abtretung des Nordostens der Provinz Ostpreußen tut nicht nur einer Bevölkerung Gewalt an, die trotz der von außen hereingetragenen Propaganda durch und durch deutsch fühlt, sondern vervollständigt zugleich die wirtschaftliche Abspernung Deutschlands von den Gebieten des großrussischen Volkes; mit diesen in ungehindertem Güteraustausch zu bleiben, ist Voraussetzung zum Gedeihen beider Völker.

Die Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens soll überzeugt sein, daß die Regierung der Republik das äußerste aufbieten wird, um diese Gefahr abzuwehren. Dazu ist jetzt mehr als je unbedingt nötig, daß das Volk nationale Disziplin hält und in Einheit und Vertrauen im Glauben an die eigene Kraft und sein gutes Recht zusammensteht.

Die Reichsregierung.

Die Preussische Regierung.

Danzig, 11. Mai. Der kommandierende General des 17. Armeekorps und der Oberpräsident für Westpreußen haben gemeinschaftlich einen Verberuf an alle waffenführenden Männer erlassen, um angesichts der unerträglichen und unannehmbaren Friedensbedingungen für den Fall vorbereitet zu sein, daß die Polen unsere Provinz angreifen und zu erobern versuchen.

(Vossische Ztg. Nr. 239.)

Fortgang der polnischen Offensive. „Morningpost“ meldet aus Warschau vom

15. Mai: Paderewski hat seine Entlassung als Ministerpräsident gegeben; sie wurde vom Landtag nicht angenommen. Die Krise ist darauf zurückzuführen, daß der Landtag sich geweigert hat, das von Paderewski in Paris gegebene Versprechen zur Einstellung der polnischen Offensive zu unterstützen.

(Das bedeutet also, daß die polnische Offensive ihren Fortgang nehmen soll.)

(Deutsch. Tagesztg. v. 17. Mai Nr. 245.)

Die Arbeiterräte für das Selbstbestimmungsrecht.

Bromberg, 10. Mai. Der Volkzugauschutz des A.- und S.-Rates richtete an die deutsche Friedensdelegation in Versailles und an den Präsidenten Wilson nachstehendes Telegramm:

„Der unterzeichnete Arbeiter- und Soldatenrat als Vertretung aller erwerbstätigen Kreise der Bevölkerung des noch unbefetzten Gebietes des Regierungsbezirks Bromberg protestiert gegen den Gewaltfrieden, den man unserem Reiche seitens der Entente auferlegen will. Insbesondere protestieren wir gegen die Vergewaltigung der Bevölkerung unserer Gebietsteile, durch die das in der Wilson-Note anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker einfach aufgehoben und damit die nackte Gewalt über jedes Recht erhoben wird.“

Demonstrationssonntag in Oberschlesien.

Kattowitz, 19. Mai. Am Sonntag, den 18. Mai, fanden in ganz Oberschlesien nochmals gewaltige Protest- und Demonstrationsumzüge gegen den Gewaltfriedensentwurf statt. Selbst das schlechte Wetter hielt die ober-schlesische Bevölkerung in ihrer Erregung nicht ab, auf die Straße zu gehen, um laut und einheitlich dem Rotschrei, bei Deutschland zu bleiben, Geltung zu schaffen. In großen Zentralen der Industrie, wie in Kattowitz, Hindenburg usw. fanden gewaltige Demonstrationsumzüge statt. Die Bedeutung dieses Demonstrationssonntags lag aber darin, daß es wohl kein noch so entlegenes Nestchen oder Örtchen im Regierungsbezirk Oppeln gab, wo die Einwohnerschaft sich nicht zu Demonstrationsumzügen sammelte.

Nach den bei dem Staatskommissariat für Oberschlesien eingelaufenen Nachrichten kann man als begründet annehmen, daß von den in Frage kommenden 1 200 000 Einwohnern gut 1 000 000 ihren Willen bekundeten, auf alle Fälle bei Deutschland verbleiben zu wollen.

Hand in Hand mit diesen Berichten über stattgefundene Demonstrations- und Protestumzüge laufen fortgesetzt beim Staatskommissariat aus allen Bevölkerungskreisen und aus allen Erwerbschichten stürmisch gehaltene Drahtungen ein, die die steigende Erregung schildern und einmütig der Hoffnung Ausdruck geben, von der Regierung in dem Wünsche, bei Deutschland zu bleiben, unterstützt zu werden. Immer wieder muß hervorgehoben werden, daß aus den Kreisen der polnisch-sprechenden Arbeiterschaft sich geradezu am lautesten der Ruf geltend macht, nicht vom Deutschen Reiche losgetrennt zu werden. Es kommen aus den sogenannten siodpolnischen Kreisen Kreuzburg und Rosenbergl die eindringlichsten und markantesten Notschreie.

Die mährisch-sprechenden Oberschlesier erklären in längeren Drahtungen aus den verschiedensten Orten, wir fühlen vollkommen deutsch und wollen mit unserer Heimat lieber in Not und Tod aushalten als gegen unseren Willen verschachert zu werden.

(Germania Nr. 225 vom 20. Mai.)

Paderewski über die geplanten Grenzen Polens.

Aus Krakau wird gemeldet: Im Seniorenkongress des polnischen Landtages erstattete Paderewski ein Exposé über die geplanten Grenzen Polens und betonte, daß die Entente noch vor zwei Monaten den Polen bedeutend mehr zugehört habe, als jetzt. Nunmehr wolle sie das Naphthagebiet in Galizien der Ukraine unter Kontrolle einer internationalen Kommission überlassen. Die neuen Vorschläge stützten sich auf Anträge Bothas, die aber für die Polen unannehmbar seien. England und Amerika hätten tatsächlich gegen die Verwendung der Truppen Hallers in Ostgalizien Verwahrung eingelegt. Polen müsse die Buglinie und das Naphthagebiet in Galizien erhalten. Bezüg-

lich der Ukraine sagte er, daß die Entente an die Schaffung eines unabhängigen ukrainischen Staates nicht denke. Eine ernste Gefahr für Polen bilde die russische Frage. Iswolski und Sjasonow entwickeln in Paris eine sehr lebhaftige Tätigkeit und die Entente unterstütze sie in ihren Bestrebungen nach Organisation eines bewaffneten Widerstandes gegen die Bolschewiki und zum Sturze derselben. Eine große Gefahr bilde auch das Bestreben der Tschechen nach Erlangung einer gemeinsamen Grenze mit Rußland, das von russischen Diplomaten unterstützt werde. Die Entente sei leider geneigt, diese Wünsche zu verwirklichen. Bezüglich Litauens und Weißrußlands habe England besondere Pläne. Es wolle sie zu föderalistischen Republiken umwandeln mit einem Zugang zur Ostsee über Libau, das unter englischer Kontrolle stehen werde.

(Dtsche. Allg. Ztg., 20. Mai, Nr. 242.)

* * *

Ganz Westpreußen im Belagerungszustand.

Thorn, 20. Mai. Ueber ganz Westpreußen hat das preußische Staatsministerium den Belagerungszustand durch Außerkraftsetzung der Artikel 5, 6, 27, 29 und 30 der Verfassung verhängt. Der Oberpräsident hat darauf angeordnet: Hausdurchsuchungen und Verhaftungen können von dazu berechtigten Behörden und Beamten jederzeit vorgenommen werden. Alle öffentlichen Versammlungen sind mindestens 48 Stunden vorher beim Landrat, in Stadtkreisen bei den Ortspolizeibehörden unter Angabe des Orts, der Zeit und der Veranlasser anzu-melden.

(Dtsche. Allg. Ztg., 20. Mai, Nr. 243.)

* * *

Bromberg, 19. Mai. Der Bromberger Ausschuß für den Rechtsfrieden, der aus Vertretern aller Parteien gebildet ist, berief gestern eine Volksversammlung zum Protest gegen den Erdrosselungsfrieden und gegen die Abtrennung des Regedistriktes ein. Vor einer dichtgedrängten Menge sprach Professor Dr. Hille, Obmann des deutschen Volksrates. Da nicht alle Erschienenen Platz fanden, wurde nach Schluß der ersten Ver-

sammlung eine weitere abgehalten, die ebenfalls überfüllt war. Gleichzeitig tagte eine Parallelversammlung. Nachstehende Kundgebung, einstimmig beschloffen, wurde an die Reichsregierung gedrahlet:

Die in drei Versammlungen zu Tausenden vereinte Bevölkerung des von deutschem Fleiße erbauten und durch deutsche Arbeit wiedererstandenen Bromberg erhebt vor dem Gewissen der Welt nachdrücklich Einspruch dagegen, daß der von Versailles angefündigte Erdrosselungsfriede unsere Stadt und den Nejedistrikt unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes und des Nationalitätengrundsatzes dem polnischen Staat ausliefern will. Dieser Gewaltschritt ist um so unmöglicher, als Stadt und Land ferndeutsch fühlen und nicht wieder, wie ehemals, wirtschaftlicher und kultureller Verelendung unter der Polenherrschaft ausgeliefert werden wollen. Unser Selbstbestimmungsrecht, unsere Vernunft weisen uns nach Deutschland. Wir Bromberger erwarten von der Regierung bestimmt, daß sie im Friedensvertrag unser unveräußerliches, heiliges Recht auf die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich nicht preisgibt. Einen Friedensvorschlag, der diesen Rechtsgrundsatz nicht enthält, lehne die Regierung ab. Wir stehen treu zu ihr, gewärtig ihres Rufes, aber auch gewillt, alle Folgerungen aus einer Ablehnung der unmöglichen, entehrenden, rechtlosen Friedensbedingungen auf uns zu nehmen. Bromberg und der Nejedistrikt sind deutsch und wollen deutsch bleiben.

Ausschuß für den Rechtsfrieden.
(Dtische. Allg. Btg., 10. Mai, Nr. 242.)

Polnisch als Amtssprache in Posen.

Die polnischen Führer in Posen sowie die polnische Presse haben bekanntlich wiederholt und in feierlicher Form erklärt, daß sie die deutsche Bevölkerung in jeder Weise loyal behandeln würden, daß insbesondere die Amtssprache polnisch und deutsch sein würde. Nichts von diesen Versprechungen ist gehalten worden. Die Amtssprache ist polnisch geworden. Antworten der polnischen Behörden, öffentliche Bekanntmachungen und dergleichen erfolgen ausschließlich in polnischer Sprache. Alle Behörden haben auf Anordnung des

polnischen obersten Volksrates ausschließlich polnische Schilder, und zwar in roter Schrift auf weißem Grunde vorgegeschrieben. Was würden wohl die Polen und ihre deutschen Freunde im Reichs- und Landtage gesagt haben, wenn die deutschen Behörden die Anbringung von Schildern nur in den deutschen Landesfarben angeordnet hätten? Den Deutschen der Stadt Posen ist vor den Stadtverordnetenwahlen ausdrücklich die volle Wahrung ihrer Rechte hinsichtlich der deutschen Sprache zugesichert und den deutschen Stadtverordneten versprochen worden, daß ihnen kein Nachteil bei Ausübung ihrer Tätigkeit durch Unkenntnis der polnischen Sprache erwachsen würde. Was aber geschah? Die Verhandlungssprache in der Stadtverordnetenversammlung ist trotz des deutschen Protestes ausschließlich polnisch, so daß die deutschen Stadtverordneten nicht einmal wissen, über welche Dinge verhandelt wird.

„Böf. Btg.“ Nr. 230 vom 7. Mai

Kriegsmaterial für Polen über Danzig.

Den Alliierten in Spaa ist am 8. Mai folgende Note übermittelt worden:

„Nach amtlichen Meldungen will die amerikanische Lebensmittelkommission für Polen in Danzig außer Lebensmitteln auch Sanitätsmaterial, Automobile, Gummibereifungen, Nähmaschinen, Bekleidungsstoffe, Werkzeuge und anderes für die polnische Armee bestimmtes Kriegsmaterial in erheblichem Umfange über Danzig nach Polen transportieren. Ohne deutsche Genehmigung sind einige Transporte nach Polen bereits abgegangen. Dieses Verhalten widerspricht sämtlichen getroffenen Vereinbarungen. Die deutsche Regierung erhebt hiergegen nachdrücklich Protest. Das Deutsche Reich hat sich verpflichtet, die Beförderung von Lebensmitteln über Danzig nach Polen zuzulassen; es hält diese Verpflichtung gewissenhaft ein. Die Beförderung von Kriegsmaterial über Danzig ist jedoch nach den bestehenden Vereinbarungen unzulässig. Die Beförderung der Armee Haller mit ihrem Zubehör vollzieht sich auf dem Landwege durch deutsches Gebiet. Im Spaaer Abkommen ist für den Nachschub der Armee Haller ausdrücklich Stettin als Ausschiffungshafen bestimmt,

worden. Die deutsche Regierung kann nicht zulassen, daß nunmehr entgegen allen Abmachungen in Danzig die Ausschiffung von Kriegsmaterial erfolgt; sie wird die weiteren Ausschiffungen deselben verhindern.

Reichsminister Erzberger."

„Deutsche Allg. Ztg. Nr. 222. vom 9. Mai

Dänischer Widerspruch gegen Versailler Geschenke.

Die dänische Regierungspresse veröffentlicht anlässlich der Entscheidung der Friedenskonferenz einen anscheinend inspirierten Artikel, in dem es heißt:

„Die Entscheidung der Friedenskonferenz bezüglich der Abstimmung in Schleswig hat hier größtes Erstaunen hervorgerufen. Die Bestimmung, daß auch in der sogenannten dritten Zone, also in rein deutschem Gebiet, gemeindeweise eine Abstimmung abgehalten werden solle, steht in direktem Gegensatz zum klar eingenommenen Standpunkt des dänischen Reichstags, der dänischen Regierung und des nordschleswigschen Wählervereins. Der Beschluß der Friedenskonferenz muß auf unterirdische Einflüsse seitens dänischer Chauvinisten zurückgeführt werden. Er ist eine direkte Fälschung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und ein Bruch der Idee Wilsons. Es kann erwartet werden, daß die Regierung und der Reichstag Dänemarks so nachdrücklich wie möglich hiergegen protestieren werden.“

Der frühere Reichstagsabgeordnete H. P. Hansen-Nörremölle äußerte sich im gleichen Sinne. Die Erklärung über die Abstimmung kam als eine vollständige Überraschung. Südlich der Grenze der zweiten Zone gibt es nur Deutsche, die nicht die geringste Beziehung zu unserer Entwicklung bewiesen haben. Sollte nun eine Abstimmung in diesem Gebiete Stimmen für Dänemark ergeben, so ist es bestimmt nur ein Ausdruck des größten Materialismus oder von Bestrebungen, Schleswig als ein Ganzes an Dänemark zu bringen und dadurch das deutsche Element zu stärken und

das Zusammengehörigkeitsverhältnis offen zu halten, bis die Zeiten sich einmal für Deutschland gebessert haben. Eine Abstimmung, die diese südlichen Gebiete zu Dänemark brächte, würde einen Volkszuwachs von etwa 400 000 Menschen bedeuten, von denen in Wirklichkeit nur 120 000 Dänen seien. Dies wäre ein nationales Unglück für unser Land, eine neue Quelle von Zerstörung, die um jeden Preis vermieden werden muß.

„Voss. Ztg.“ Nr. 235 v. 10. Mai.

(Es wäre wünschenswert, daß unsere polnischen Nachbarn sich diese dänische Äußerung etwas zu Herzen nehmen.)

Die Lage der Arbeiter unter Polenherrschaft.

Oppers, 13. Mai. Wie aus zuverlässiger Quelle aus Kattowitz mitgeteilt wird, sind im Industriegebiet in Kongresspolen an der Grenze bereits französische Militäringenieure und Sappeure bereit, um nach der Besitzergreifung Oberschlesiens die Verwaltung der obereschlesischen Industrie in die Hand zu nehmen. Man beabsichtigt, Maßregeln, ähnlich wie im Saargebiet: zehnstündige Arbeitszeit, strenger Arbeitszwang, standrechtliche Erschießungen und Unterdrückung der sozialistischen Bewegung, die von den Franzosen und Polen als bolschewistisch bezeichnet wird. Ergänzend ist dazu zu bemerken, daß vor kurzem die Abgesandten der polnischen Berufsvereinigungen Oberschlesiens die Warschauer Regierung über das Schicksal der obereschlesischen Arbeiterschaft befragt haben. Sie bekamen dort die Erklärung, daß den obereschlesischen Industriellen bindende Angebote über Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft gemacht worden seien. Gewisse Zugeständnisse an die Arbeiterschaft wie z. B. die zurzeit viel bekämpfte Einsetzung von Sicherheitsleuten aus der Arbeiterschaft zur Überwachung der Vorschriften, müßten aber beseitigt werden.

(Lok. Anz. vom 13. Mai Nr. 216.)